



also 181

Juni 2026
GEW Wuppertal

Extraseiten
GEW Remscheid
GEW Solingen
GEW Kreis Mettmann



**Im Innenteil: Offener Brief an die
Oberbürgermeisterin der Stadt Wuppertal**

Impressum:
also 181
Juni 2026

GEW
Stadtverband
Wuppertal

Paradestr. 21
42107 Wuppertal

Tel. 0202 - 440261

wuppertal@gew-nrw.de
www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 11 -16 Uhr

Redaktion und
Layout:

Helga Krüger
(verantwortlich)
Susanne Adlung
Marion Kauzmann
Ulla Weinert

Der Bezugspreis
ist im
Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Extraseiten von
GEW Remscheid
GEW Kreis
Mettmann
GEW Solingen

Fotos:
Pixabay, GEW, Kordt

Druck:
Druckerei Schöpp

Inhalt:

Schule zeigt Haltung	03
Bildung in Verantwortung	05
Frieden schaffen	07
Neu in der GEW	08
Marode Schultoiletten	10
Alle Jahre wieder ... Teil 1	13
Alle Jahre wieder ... Teil 2	15
Bildungsbaustelle Wuppertal - Offener Brief an OB	16
Geburtstage Wuppertal	32
Treffen der GEW-Senior*innen	33
GEW Beratung	
Länger krank - Was passiert?	34
Der Schüler, die Brille und ich	36
Dauerbrenner Mehrarbeit	38
Dienstgespräch oder doch nicht?	40
Flexibilisierung Unterricht	41
GEW Remscheid	
Geburtstage GEW Remscheid	42
Kontakte	43
GEW Solingen	
Geburtstage GEW Solingen	44
Begrüßung und Verabschiedung LAA	45
1. Mai 2026	46
Kontakte	47
GEW Kreis Mettmann	
Geburtstage GEW Kreis Mettmann	48
Kontakte GEW Kreis Mettmann	49
GEW Wuppertal: Personalrät*innen	50
GEW Wuppertal: Vorstand	51

Schule zeigt Haltung

Lehrkräfte dürfen nicht neutral sein

// Neutralität im Angesicht des Hasses ist keine Neutralität – sie bedeutet Zustimmung.“ (Tova Friedman, polnisch-US-amerikanische Holocaustüberlebende)

Mit Informationsmaterial und Unterstützungsangeboten will die GEW den Kolleg*innen zeigen, wie man demokratische Werte im Klassenzimmer stärken und sich gegen Einschüchterungsversuche wehren kann. //

Broschüre “Mythos Neutralität”

Sie richtet sich an Lehrkräfte und pädagogisches Personal. Sie bietet Orientierung bei Unsicherheiten und Konflikten im Schulalltag, klärt rechtliche Rahmenbedingungen, didaktische Leitlinien und vermittelt praktische Impulse für reflektiertes, professionelles Handeln. Sie ist kein Regelwerk mit starren Vorgaben, sondern ein Werkzeug im Schulalltag. Ihr Ziel ist es, Handlungssicherheit zu stärken und zu ermutigen, eine demokratische menschenrechtsorientierte Haltung einzunehmen – sachlich, fundiert und im Einklang mit dem staatlichen Bildungsauftrag.

Schulen stehen inmitten gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, die in den pädagogischen Alltag hineinreichen: Verfassungswidrige Symbole an Tischen und Wänden, Hate Speech im Klassenchat, rassistische, queerfeindliche oder antisemitische Äußerungen im Unterricht – immer häufiger sind Lehrkräfte gefordert, auf solche Vorfälle zu reagieren. Während demokratie- und menschenfeindliche Positionen offener zutage treten, verfolgen autoritär-nationalistische sowie antidemokratische Akteur*innen eine Strategie: Sie nutzen soziale Medien, parlamentarische Anfragen, Meldeplattformen und Beschwerden, um Misstrauen gegen staatliche Institutionen zu schüren, Druck auf Schulen auszuüben und demokratische Bildungsarbeit zu delegitimieren.

Verunsicherung und Druck im Schulalltag

Lehrkräfte berichten vermehrt von Anfeindungen, diffamierenden Kampagnen und persönlichen Bedrohungen, die darauf abzielen, sie einzuschüchtern. Zugleich wächst die Verunsicherung darüber, ob und wie sie sich angemessen zu kontroversen politischen Themen positionieren dürfen, ohne beschuldigt zu werden, gegen ein ver-

meintliches Neutralitätsgebot zu verstoßen.

Viele Kolleg*innen reagieren zurückhaltend – nicht aus fehlender Professionalität, sondern aufgrund realer Belastungen, unzureichender Unterstützung, Vorsicht vor Instrumentalisierung oder dienstrechtlichen Konsequenzen. In dieser Atmosphäre, in der versucht wird, politische Bildung durch Desinformation, Einschüchterung und Verunsicherung zu schwächen, werden diskriminierende und antidemokratische Positionen selbstverständlicher und aggressiver vertreten.

Wenn pädagogisches Personal aus Sorge schweigt oder sich zurückhält, gewinnen diejenigen an Deutungshoheit, die demokratische Werte untergraben und menschenverachtende Ideologien verbreiten. Schweigen ist dann kein Schutz, sondern ein Risiko – für Schüler*innen, die Profession, den demokratischen Bildungsauftrag der Schule und die demokratische Kultur insgesamt. Gerade jetzt braucht es deshalb Orientierung, Klarheit und Unterstützung. Rechtliche und pädagogische Grundlagen bilden das Fundament für professionelles Handeln im Schulalltag und vermitteln Lehrkräften Sicherheit. Hier setzt die Broschüre an, indem sie diese Grundlagen sichtbar und für den Alltag nutzbar macht.

Die Broschüre kann auch in gedruckter Form in der GEW Regionalgeschäftsstelle Wuppertal bestellt werden.

Petition unterzeichnen

Damit Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in ihrem demokratischen Bildungsauftrag gestärkt werden, braucht es JETZT deutliche und sichtbare Rückendeckung von den zuständigen Ministerien und Schulaufsichtsbehörden – in Form von klaren Leitlinien und Rechtssicherheit, tragfähigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie mehr Ressourcen zur Stärkung der Politischen Bildung in der Schule.



**Hier geht es zur Seite der Kampagne
„Schule zeigt Haltung“ mit allen Downloads
und Informationen**

Schon das „Demokratie-Training“ der GEW-NRW absolviert?

Stärke jetzt deine Demokratiebildung mit unserem 5-Minuten-Training! Unser STABIL-O-MAT ist dein individuelles 5-Minuten-Training für starke Argumente, für mehr Sicherheit in schwierigen Situationen, für klare Orientierung zu deinen Rechten und Pflichten.

<https://demokratie-kraft.de/>

Bildung in Verantwortung

Demokratie stärken. Teilhabe verwirklichen

// Unter dem Motto „Demokratie: Bildung bleibt stabil“ trafen sich Ende Mai 400 Delegierte auf dem Gewerkschaftstag der GEW NRW. Neun aus Wuppertal waren auch dabei. Zentrale Ziele des einstimmig verabschiedeten Leitantrags sind die Stärkung der Demokratie, die Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe und die Sicherung guter Arbeitsbedingungen. //

„Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, demokratische Handlungsfähigkeit und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten“, betont die Vorsitzende der GEW NRW, Ayla Çelik. Dafür brauche es verlässliche Rahmenbedingungen, ausreichend Ressourcen und gute Arbeitsbedingungen für die Menschen, die Bildung täglich gestalten.

Wachsende soziale Ungleichheit, eine steigende Zahl junger Menschen ohne Abschluss und der Fachkräftemangel setzen das Bildungssystem seit Jahren unter Druck. Gleichzeitig steht auch die Demokratie vor großen Herausforderungen.

„Wenn jedes Jahr zehntausende junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen oder trotz Abschluss keinen Anschluss finden, geraten demokratische Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Druck“, mahnt Çelik. Gute Bildung sei die wirksamste Zukunftsinvestition und ein wichtiger Schutz vor sozialer Spaltung. Bildung in Verantwortung bedeute, gemeinsam zu handeln, solidarisch zu organisieren und dafür einzutreten, dass gute Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft Wirklichkeit wird. Dafür braucht es mehr

demokratische Beteiligung in allen Bildungsbereichen, eine bedarfsgerechte Finanzierung, ausreichend Personal sowie eine wirksame Entlastung der Beschäftigten. Denn gute Bildung gelingt nur unter guten Arbeitsbedingungen.





Frieden schaffen

Aufrüstung und Militarisierung stoppen

// Die GEW widersetzt sich der Militarisierung von Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft und erhebt ihre Stimme gegen zerstörerisches Wettrüsten. //

Einer grenzenlosen Aufrüstung der Bundeswehr erteilen wir ebenso eine Absage wie der massiven Erhöhung der Militärausgaben, der Wiedereinführung der Wehrpflicht und der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa.

Wir fordern eine ausschließlich zivile, nicht-militärische Nutzung des Sondervermögens Infrastruktur im Umfang von 500 Milliarden Euro. Dieses Geld muss für überfällige Investitionen in öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung und Wissenschaft eingesetzt werden.

Die Bundesregierung muss vor allem dafür sorgen, dass ausreichend Mittel für Konflikt- und Krisenprävention, für Entwicklungszusammenarbeit und die internationale Unterstützung von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen bereitstehen.

Sie muss sich für eine Politik der Gewaltfreiheit und Kooperation einsetzen, aktiv diplomatische und zivile Konfliktlösungen vorantreiben und neue Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Rüstungsexportkontrollinitiativen verhandeln.

An den Schulen hat das Militär nichts verloren – die GEW bekräftigt ihre Ablehnung von Werbeversuchen der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Sie unterstützt weiterhin Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die sich mit Zivilklauseln auf eine ausschließlich zivile, nicht-militärische Forschung zu verpflichten.

Die GEW tritt für eine nachhaltige Stärkung der Friedenspädagogik an Schulen und allen anderen Bildungseinrichtungen ein, was einer Verankerung in der Aus- und Fortbildung pädagogischer Fachkräfte sowie in den Curricula bedarf.

Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW Bund 2025

Neu in der GEW

Marie Krüger, Vertretungskraft an der Gesamtschule



// Zur Schule bin ich über einige Umwege gekommen: Nach meinem Biologie-Studium und meiner Promotion in den Neurowissenschaften habe ich zunächst in Forschung, Beratung und Vertrieb gearbeitet. Gerade habe ich mich für Sonderpädagogik und Biologie im Quereinstieg beworben und bin sehr neugierig auf das, was da auf mich zukommt.//

Die endgültige Entscheidung, Mitglied in der GEW zu werden, habe ich auf der didacta getroffen. Der Kontakt am GEW-Stand war so freundlich und hilfreich, dass ich direkt ein gutes Gefühl hatte. Kurz darauf habe ich erlebt, wie wertvoll diese Mitgliedschaft sein kann: Die Kolleg*innen des Rechtsschutzes in Wuppertal haben mich bei einigen Fragen sehr unterstützt und mir wirklich weitergeholfen.

GEW-Mitglied bin ich geworden, weil ich gemerkt habe, wie wichtig es ist, in diesem Beruf nicht allein unterwegs zu sein. Schule lebt von engagierten Kolleg*innen, von Verantwortung, Beziehung und Haltung. Gleichzeitig braucht es gute Rahmenbedingungen, verlässliche Unterstützung und eine starke Stimme für die Menschen, die jeden Tag in Bildung arbeiten.

Vor meinem Einstieg in die aktuelle Stelle habe ich nach Unterstützung für die Vorbereitung gesucht und von offizieller Seite erfahren, dass dafür offenbar nichts Konkretes vorgesehen ist. Gerade deshalb finde ich es wichtig, dass sich die GEW auch für Menschen starkmacht, die befristet oder über den Quereinstieg in die Schule kommen: für eine gute fachliche und pädagogische Begleitung, klare Ansprechpersonen, faire Bedingungen und Strukturen, die nicht allein vom Engagement einzelner Kolleg*innen abhängen.

Die Verantwortung in diesem Beruf ist hoch. Gleichzeitig erlebe ich seit meinem Start, wie groß die Bereitschaft und das Engagement vieler Kolleg*innen sind, Schule gemeinsam gut zu gestalten. Das beeindruckt mich sehr.

Von der GEW wünsche ich mir Austausch, Rückhalt, die Möglichkeit dazuzulernen und ein Netzwerk, in dem man mit Fragen nicht allein bleibt, sondern gemeinsam etwas bewirken kann. Gesellschaftlich wünsche ich mir, dass Bildung nicht nur als Aufgabe einzelner Lehrkräfte verstanden wird, sondern als gemeinsame Verantwortung.

Und ganz nebenbei bin ich bereits in den Genuss eines GEW-Kinotickets für „Nürnberg“ in Essen gekommen. Mein Mann und ich hatten dadurch einen tollen Vormittag, der noch lange Diskussionen und einiges an Recherche nach sich gezogen hat – das hat viel Spaß gemacht!

Neu in der GEW

Tobias Zode, Lehrer an der Gesamtschule



// Ich freue mich, nun Teil der GEW zu sein und mit meiner Energie sowie einer lösungs- und praxisorientierten Herangehensweise positive Veränderungen mitzugestalten. //

„Alle sagten, das geht nicht. Dann kam einer, der wusste das nicht, und machte es einfach.“

Wir leben in einer schönen Welt, und auch unsere Stadt birgt enormes Potenzial. Nach 24 Jahren im Berufsleben möchte ich im Rahmen meiner Möglichkeiten dazu beitragen, Bildung mitzugestalten

und Spuren zu hinterlassen, die Orientierung geben – für junge Menschen ebenso wie für Strukturen, die neue Impulse brauchen.

Die Aufgaben sind groß, doch gute Lösungen sind greifbar. Die Jugend von heute braucht uns und will wachsen. Nun gilt es, die Rahmenbedingungen an die Herausforderungen und Entwicklungen unserer Zeit anzupassen. Wenn viele Hände und Köpfe gemeinsam die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, entstehen neue Chancen – und manchmal werden sogar kleine Wunder wahr.

Tobias Zode, Radfahrer, Zimmermann, Seiteneinsteiger in das Lehramt, Barfußschuhfan, Netzwerker, Schulgartenentwickler...

Marode Schultoiletten

Einseitige Schuldzuweisung an Kinder ist unhaltbar

// Mit großem Unverständnis hat die GEW Wuppertal die im Schulausschuss veröffentlichte Stellungnahme des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal zur Kenntnis genommen, in der die Verantwortung für den Zustand von Schultoiletten maßgeblich bei den Kindern und Schulen verortet wird. Auch der Sprecherrat der Wuppertaler Schulen hat sich dieser Kritik angeschlossen. //

Auslöser der Debatte waren die unhaltbaren hygienischen Zustände an der Katholischen Grundschule Wichlinghausen. Die öffentliche Benennung einzelner Schulen und die einseitige Fokussierung auf Fehlverhalten von Schülerinnen und Schülern lenken jedoch von einem grundsätzlichen Problem ab: Viele Sanitäreinrichtungen an Wuppertaler Schulen sind seit Jahrzehnten in Betrieb und entsprechen weder heutigen hygienischen Anforderungen noch den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen.

Schulen nehmen ihre Verantwortung wahr

Selbstverständlich sehen sich Schulen mit Verschmutzungen, unsachgemäßer Nutzung und Vandalismus konfrontiert. Lehrkräfte und Schulleitungen begegnen diesen Herausforderungen täglich mit Aufsicht, Präventionsarbeit, klaren Regeln und Gesprächen mit Kindern und Eltern. Diese Verantwortung wird wahrgenommen.

Gleichzeitig haben zahlreiche Probleme ihre Ursache im baulichen und technischen Zustand der Anlagen. Wo Beleuchtung, Belüftung, Spültechnik oder altersgerechte Ausstattung mangelhaft sind, entstehen Probleme, die pädagogisch allein nicht gelöst werden können.

Besonders deutlich wird dies an der Katholischen Grundschule Wichlinghausen: Die Toiletten befinden sich im Keller, die Beleuchtung ist unzureichend und eine Feuerschutztür kann von Erstklässlern nicht selbstständig geöffnet werden. Kinder sind dadurch auf Hilfe älterer Schülerinnen und Schüler angewiesen. Zudem sind die Anlagen teilweise nicht altersgerecht dimensioniert. Solche Rahmenbedingungen erschweren eine sichere und selbstständige Nutzung erheblich.

Unverständlich ist auch, dass Hinweise auf technische Mängel öffentlich relativiert werden. Nach Aussagen einer Fachfirma wurden Verstopfungen und Geruchsbelästigungen unter anderem durch unzureichende Spülleistung und starke Urinsteinbildung verursacht. Statt



Bedienungsanweisung

1. Sparkarte mit dem zu bedruckenden Feld voran einschieben und so anlegen, daß der gegenüberliegende Kartenstrich mit dem roten Strich der Auflagefläche übereinstimmt.
2. Karte loslassen. Geld einwerfen. Kurbel rechts herumdrehen.

Sparautomat Nr. 7
der Kreissparkasse Kassel

Sparautomat Hänel
D. R. P. 4193
HÄNEL & SCHWARZ, BERLIN-NEUKÖLLN
Lehrstr. 20

diese Defizite in den Mittelpunkt zu stellen, wird die Verantwortung einseitig auf Kinder, Schulen und Lehrkräfte verlagert.

Ebenso weisen wir den Vorwurf zurück, Lehrkräfte hätten Probleme nicht rechtzeitig gemeldet. Schulen leisten bereits heute weit mehr als ihre eigentlichen Aufgabenbereiche umfassen. Die Erwartung, zusätzlich technische Funktionskontrollen von Sanitäreinrichtungen zu übernehmen, geht an der Realität des Schulalltags vorbei.

Schultoiletten sind Teil der Bildungsinfrastruktur

Die Aussage, das Gebäudemanagement sehe nur begrenzte Verbesserungsmöglichkeiten und die Verantwortung liege vor allem bei den Schulen, trägt nicht zu einer konstruktiven Lösung bei. Schultoiletten sind Teil der Bildungsinfrastruktur. Kinder und Jugendliche müssen sie ohne Ekel, Scham oder Unsicherheit nutzen können. Das ist eine Frage von Hygiene, Gesundheit und Wertschätzung.

Statt Schuldzuweisungen braucht es eine gemeinsame Verantwortung von Schulträger, Gebäudemanagement, Politik, Schulen, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern. Voraussetzung ist, dass Hinweise aus den Schulen ernst genommen und strukturelle Mängel nicht als bloße Nutzungsprobleme dargestellt werden.

Der Sprecherrat der Wuppertaler Schulen fordert deshalb:

- eine schulformübergreifende Bestandsaufnahme aller Sanitäreinrichtungen mit Priorisierung besonders belasteter Standorte,
- verbindliche Qualitätsstandards für Schultoiletten,
- kurzfristige Maßnahmen an besonders problematischen Standorten,
- zusätzliche Reinigungsleistungen beziehungsweise Servicekräfte zur Unterstützung im Schulalltag,
- die Wiedereinberufung des Arbeitskreises Schultoiletten unter Beteiligung der Schulen,
- einen transparenten und verbindlichen Sanierungsplan mit realistischen Zeitachsen.

Die aktuelle Debatte sollte Anlass sein, die notwendigen Investitionen in die Wuppertaler Bildungsinfrastruktur endlich anzugehen. Gute Schule braucht gute Lernbedingungen. Dazu gehören saubere, sichere, funktionsfähige und altersgerechte Toilettenanlagen.

Alle Jahre wieder ... Teil 1

Verlierer*innen des gegliederten Schulsystems

// Alle Jahre wieder werden in Wuppertal ca. 150 Schülerinnen und Schüler (das sind in der Regel 5 Schulklassen) von den Realschulen zu den Hauptschulen „abgeschult“ – nein, dieses böse Wort dürfen wir nicht sagen. „Schulformwechsler“ ist der korrekte Ausdruck für diese Schülerschaft und hört sich wesentlich besser an. //

Auch im nächsten Schuljahr 2026/2027 müssen an drei Wuppertaler Hauptschulen wieder fünf zusätzliche Klassen gebildet werden, genehmigt von der Bezirksregierung, scharf kritisiert vom Personalrat Hauptschule, der immer wieder darauf hinweist, welchen Herausforderungen sich die Lehrkräfte täglich bei der Arbeit in diesen Klassen stellen müssen.

Seit Anfang des Schuljahres leiten wir solch eine 8. Klasse, die vor einem Jahr zu uns kam. Der Unterricht stellt einen enormen Kraftakt dar und ist fast nur zu zweit möglich. Die meisten der Schüler*innen sind durchaus intelligent und zu guten Leistungen fähig, leider aber sehr verhaltensauffällig. Vor uns sitzt eine bunte Mischung von Jugendlichen, die alle ihre Päckchen zu tragen haben. Keine*r dieser Schüler*innen hatte ursprünglich eine Realschulempfehlung und musste nach der 6. Klasse und teilweise nach drei Schuljahren die Realschule wieder verlassen.

An der Hauptschule versuchen nun Schulschwänzer*innen, Störer*innen, Schulverweigerer, Seiteneinsteiger*innen, Wiederholer*innen aus insgesamt sechs verschiedenen Schulen zusammen zu lernen und man kann sich vorstellen, wie schwierig das oft ist. Jede*r von ihnen besitzt eine Schulbiografie, die nur selten geradlinig verlaufen ist. Abgeschult wurden nach unserer Erfahrung vor allem die verhaltensauffälligen und arbeitsintensiven Kinder. Während ihrer Schulzeit haben alle von ihnen viel Ablehnung und Überforderung erfahren. Viele haben auch die Erfahrung gemacht, dass selbst längere, unentschuldigte Fehlzeiten für sie ohne Konsequenzen blieben. Auch jetzt kommen nur wenige wieder einigermaßen regelmäßig zur Schule. Mehr als 100 Fehlstunden im Schuljahr sind fast die Regel, über 150 keine Seltenheit.

Dass ein Schultag pünktlich mit allen Beteiligten beginnt, ist im laufenden Schuljahr noch nie passiert. Mit Selbstverständlichkeit trudeln verspätete Schüler*innen innerhalb der ersten beiden Stunden ein.

Während des Unterrichts gehen die Störungen dann weiter – es werden Dinge durch die Klasse geworfen, die Mitarbeit verweigert, in die Klasse gerufen, sich gegenseitig beleidigt und ausgelacht und auch das ruhige Sitzen am Platz fällt einigen wirklich schwer. Jede*r einzelne schreit nach Aufmerksamkeit auf ihre/seine Art und Weise. Damit überhaupt ein störungsfreier Unterricht möglich ist und um die unterrichtenden Lehrer*innen zu unterstützen, kommen Kolleg*innen in ihren Freistunden ohne Bezahlung in die Klasse. Unserer Klasse fehlt jegliches Gemeinschaftsgefühl, auch Mitgefühl, ein soziales Miteinander, sich gegenseitig helfen, Toleranz, Akzeptanz und Respekt.

Auch für die Schüler*innen ist diese Unterrichtssituation sehr belastend. Anstatt Schule endlich mal als etwas Positives zu erleben, finden sie sich in einer völlig überfüllten Klasse wieder, in der ein ruhiges Lernen nur selten möglich ist. Es ist uns bewusst, dass viele auf diesem Weg verlieren werden. Die meisten von ihnen haben mindestens zwei Jahre Schulzeit verloren, in denen sie nicht nur Lernstoff verpasst haben, sondern auch wichtige Arbeits- und Sozialkompetenzen nicht vermittelt werden konnten. Viele von ihnen werden diesen Rückstand nicht aufholen können und die Hauptschule ohne Abschluss verlassen.

Die Abschlusssituation ist nach unserer Meinung eine „Problemverschiebung“, bei der alle Beteiligten fast nur verlieren können. An erster Stelle die Schüler*innen, denen es nur selten gelingt, nach all den negativen Erfahrungen mit Schule einen erfolgreichen Schulabschluss zu machen. Es verlieren die Lehrer*innen, die in diesen Klassen einen enorm kräftezehrenden Unterricht leisten und trotzdem versuchen, so viele Schüler*innen wie möglich zu unterstützen und mitzunehmen.

Mit der Bildung solcher Abschlussschulungsklassen verkommt die Hauptschule endgültig zur „Resterampe“ des Bildungssystems, auch wenn dies ein Ausdruck ist, den niemand gerne hören möchte.

Wenn das Land am gegliederten Schulsystem festhalten will, muss es sich für diese Kinder eine andere Lösung einfallen lassen.

Dennoch geben wir nicht auf. Intensive Eltern- und Schülergespräche, Sozialtraining, gemeinschaftliche Aktionen, Ausflüge und sogar eine Klassenfahrt, führen hoffentlich dazu, aus einer Gruppe wild zusammengewürfelter Schülerinnen und Schüler eine Klasse zu formen, die füreinander einsteht, sich gegenseitig hilft und in der jede*r in Ruhe arbeiten und lernen kann.

Silke Thielmann und Christine Sattler

Alle Jahre wieder ... Teil 2

Verlierer*innen des gegliederten Schulsystems

// Jedes Jahr im Sommer stellt sich für viele Klassenlehrer*innen in der Realschule die gleiche Frage: Wer kommt neu in meine Klasse? Wiederholer*innen? „Schulformwechsler*innen“? //

Bei der Anmeldung an einer weiterführenden Schule zählt der Elternwille, unabhängig von der Schulformempfehlung. Sofern eine Schule also noch Schulplätze hat, werden die Kinder an den jeweiligen Schulen aufgenommen. Hier beginnt ein Teil der Problematik.

Die Ausbildungsordnungen sehen vor, dass im Laufe der Erprobungsstufe die Schule feststellt, ob das Kind die Leistungsanforderungen erfüllen kann. Im Laufe der Erprobungsstufe kann ein Kind also bis zu zwei Jahre Misserfolgserlebnisse haben. Dies wirkt sich negativ auf das Selbstbewusstsein und die Leistungsbereitschaft aus und steigert die Tendenz, durch andere Aktivitäten aufzufallen oder der Schule ganz fernzubleiben, um Misserfolgserlebnisse zu vermeiden.

Findet nach der Erprobungsstufe ein Schulformwechsel vom Gymnasium statt, steht für die Realschule erst einmal Aufbauarbeit an, um das Selbstbewusstsein in die eigene Leistungsfähigkeit zu stärken.

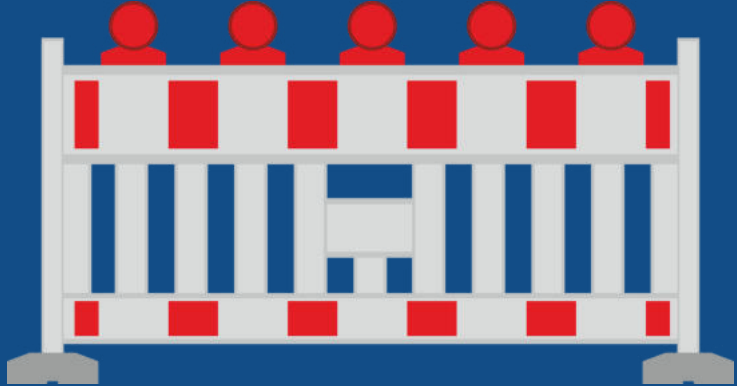
Teilweise ist das Bestreben, „sich durch unterrichtsfremde Beschäftigungen“ hervorzutun, sehr stark ausgeprägt, so dass die Lernatmosphäre der jeweiligen Klasse enorm darunter leidet. Der Prozess der Integration in die Klasse kann dann sehr langwierig sein. Wir haben oft das Gefühl, dass an einigen Gymnasien teilweise die notwendige pädagogische Arbeit mit diesen Schüler*innen fehlt und sie zuvor zu wenig schulische Konsequenzen oder Unterstützung erhalten haben. Teilweise landen in der Realschule Schüler*innen, die sehr leistungsstark sind, aber auch ein stark „unterrichtsvermeidendes Verhalten“ haben. Unsere Arbeit ist in diesen Fällen umso herausfordernder.

Uns ist durchaus bewusst, dass auch die Hauptschule mit ähnlichen Problemen konfrontiert ist, wenn wir Schüler*innen nach der Erprobungsstufe „abschulen“.

Abschulung kann das Problem nicht lösen, die Schulen brauchen zusätzliche Personalressourcen vor allem im sozialpädagogischen Bereich, um alle Schüler*innen mitnehmen zu können.

Adrian Menzyk

BILDUNGSBAUSTELLE WUPPERTAL



Sehr geehrte
Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Frau Scherff!

Gerne hätten wir Sie zu unserem Gespräch am 7. Mai 2026 begrüßt, haben jedoch Verständnis dafür, dass Sie uns aufgrund der Haushaltsverhandlungen eine Absage erteilen mussten.

Deshalb haben etliche Kolleg*innen ihre Beispiele für Sie aufgeschrieben, die wir Ihnen nun zusenden.

Wir hoffen, Ihnen auch auf diese Weise einen ungeschminkten Eindruck von den Sorgen und Nöten vor Ort vermitteln zu können. Gerne stehen wir für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Leitungsteam GEW Wuppertal

Liebe Frau Scherff,

hier die Schilderungen von Kolleg*innen vor Ort:

Wir wissen, dass die Stadt nicht für alle Probleme die richtige Ansprechpartnerin ist. Den ungeheuren Personalmangel hat sie z. B. nicht zu verantworten.

Doch es bleiben für die Stadt sehr viele ungelöste Baustellen, die dringend abgearbeitet werden müssen: Das sind vor allem der massiv fehlende Schulraum, schleppende Sanierungen, eine digitale Infrastruktur, die den Anforderungen unserer Zeit nicht gerecht wird. Im Offenen Ganztage werden zu häufig Notlösungen geschaffen, während gleichzeitig dringend benötigte Plätze fehlen.

Schulen kämpfen mit unzureichender Ausstattung. Spielgeräte sind defekt oder fehlen ganz. Toilettenanlagen befinden sich vielerorts in einem unhaltbaren Zustand. Städtische Schulsozialarbeit ist nicht ausreichend, Integrationshilfen werden zu zögerlich genehmigt. Eltern, Beschäftigte und Schülerinnen und Schüler erwarten Transparenz – stattdessen erleben sie oft unklare Informationen und mangelnde Kommunikation. Auch die Zusammenarbeit der Stadt mit Bildungsträgern, die prekäre Beschäftigungsverhältnisse unterhalten, ist ein Problem.

Wurden wir vergessen, weil sich niemand laut genug beschwert?

// Ich bin Klassenlehrkraft an der Grundschule Matthäusstraße und möchte auf die schwierigen Arbeits- und Lernbedingungen an unserer Schule aufmerksam machen. //

Unsere Schule befindet sich seit inzwischen sieben Jahren im Aufbau. Der notwendige Neubau und die Sanierung werden immer weiter verschoben. Aktuell befinden wir uns weiterhin lediglich in der „Bauphase 0“. Für Kinder und Kollegium bedeutet das jahrelange Unsicherheit und ständige räumliche Übergangslösungen: Unterricht in Containern, Umzüge in den deutlich in die Jahre gekommenen Anbau der Hauptschule sowie wiederholte Umbauten des kleinen Schulhofes. Teilweise entsteht der Eindruck: Wurden wir vergessen, weil sich niemand laut genug beschwert?

Mittlerweile lernen 9 Klassen an unserer Schule. Die Versorgung mit

Lehrkräften ist katastrophal. Schulsozialarbeit gibt es gar nicht. Unterstützt werden wir lediglich durch eine MPT-Kraft, eine Sozialpädagogin für die Eingangsphase und einen Alltagshelfer. Das Sekretariat ist zudem nur an drei Tagen besetzt.

Die räumliche Situation ist hochproblematisch. Es stehen keine Förder-, Differenzierungs- oder Rückzugsräume zur Verfügung. Gerade bei Klassen mit 26 bis 31 Kindern fehlen dringend Möglichkeiten für individuelle Förderung, ruhiges Arbeiten oder vertrauliche Gespräche. An einem Schulstandort mit Sozialindex 9 sind die Unterstützungsbedarfe vieler Kinder besonders hoch und gehen weit über das hinaus, was häufig angenommen wird.

Auch die digitale Ausstattung entspricht längst nicht mehr den tatsächlichen Anforderungen. Die vorhandene Anzahl an iPads wurde auf Grundlage des ursprünglichen Bedarfs von fünf Klassen berechnet. Die Schule ist seitdem deutlich gewachsen, ohne dass die Ausstattung angepasst wurde. Derzeit besteht zudem keine Möglichkeit, über das Startchancen-Budget zusätzliche Geräte anzuschaffen.

Hinzu kommen lange Wartezeiten und große bürokratische Hürden bei der Beantragung von Schulbegleitungen sowie beim Zugang zu Diagnostik, beispielsweise bei ADHS, ADS, LRS oder sonderpädagogischem Förderbedarf. Familien warten sechs Monate oder länger auf Termine — Sprachbarrieren erschweren den Zugang zusätzlich. Wünschenswert wären feste Angebote wie Logopädie, Ergotherapie und Diagnostik direkt an Schulen.

Ich wünsche mir:

- eine deutliche Beschleunigung von Neu- und Umbauten von Grundschulen im Wuppertaler Osten,
- einen stärkeren Einbezug von Lehrkräften in Planung, Raumgestaltung und Einrichtung neuer Schulen,
- Schulsozialarbeit an allen Schulen beziehungsweise eine stärkere Unterstützung von Schulen mit hohem Sozialindex oder Umverteilung der Stellen angepasst an den Sozialindex,
- eine schnelle Anpassung der digitalen Ausstattung an die tatsächlichen Schülerzahlen,
- bessere personelle Ausstattung,
- sowie einfachere und schnellere Zugänge zu Diagnostik und Unterstützungssystemen.

Die aktuellen Bedingungen erschweren nicht nur unsere Arbeit als Lehrkräfte erheblich, sondern beeinträchtigen vor allem die Bildungschancen der Kinder.

Schon die Planung der neuen Schule war unzureichend.

// Bei der Planung des Neubaus der Helene-Weber-Schule wurde kein Vordach miteingeplant. Die Schülerschaft steht bei Wind und Wetter im Freien. Es gibt keinen Raum, der groß genug ist, Veranstaltungen stattfinden zu lassen und der Schulhof ist so schräg, dass die Schüler*innen nicht richtig Fußball spielen können. //

Als Beschichtung des Hofes wurde teilweise eine Gummierung verwendet, die im Winter glatt ist und zum Rutschen einlädt. Hier gibt es zusätzliche Verletzungsgefahr, da Betonblöcke als Sitzfläche aufgestellt wurden. Auch durch die Schräge besteht große Rutschgefahr, Kolleg*innen und Schüler*innen sind bereits ausgerutscht. Das Klettergerüst ist schon defekt und mit Absperrzaun gesichert. Das führt bei den bewegungsfreudigen Kindern natürlich zu Missmut. Auf dem Dach des Neubaus wurde ein Windsensor installiert, der offensichtlich nicht richtig funktioniert. Die Rollos gehen bei absoluter Windstille und heißen Temperaturen einfach wieder hoch und man fühlt sich wie in einem Gewächshaus. Zwischendurch gehen fest verschlossene Fenster einfach auf und niemand weiß warum.

Kinder mit hohem Förderbedarf sind besonders benachteiligt, weil Schulraum fehlt.

// Ich arbeite an einer Grundschule des Gemeinsamen Lernens. Warum leiden besonders Schüler*innen mit hohem Förderbedarf, Schulpersonal und Eltern unter den massiven Raumproblemen an den Wuppertaler Förderschulen und Grundschulen? Ist eine Schule mit Gemeinsamen Lernen (GL) immer der richtige Förderort? //

Ein Beispiel aus dem Gemeinsamen Lernen an meiner Grundschule: Ein Kind ohne sprachliche Kommunikationsfähigkeit, ohne jede kognitive, motorische und sprachliche Kompetenzen, mit Trennungsproblemen und in Windeln wird als schulfähig erklärt und in ein erstes Schuljahr der GL-Schule eingeschult. Zwei Kolleginnen aus dem MPT / Sonderpädagoginnen-Team werden täglich für eine Einzelförderung benötigt, anders geht es nicht. Sie fehlen für die anderen Kinder mit Förderbedarf.

Zusätzlich erfolgt jeden Morgen eine Einzelbetreuung eines Schülers, da er aufgrund besonders herausfordernden Verhaltens nicht in seiner Klasse beschult werden kann. Sein gewalttätiges und provozierendes Störverhalten macht ein Unterrichten der anderen Kinder der

Klasse ansonsten unmöglich.

12 Klassen mit jeweils mehreren herausfordernden Kindern und solchen mit Förderbedarf müssen von den verbleibenden vier Kräften des MPT-Teams betreut werden. Sonderpädagogische Förderung kann daher nur tröpfchenweise an die verbleibenden Förderkinder aller anderen Klassen gegeben werden.

Warum kommt es zu dieser Situation? Der von Eltern gewünschte Förderort Förderschule wird nicht erfüllt, weil keine Aufnahmemöglichkeit in einer Förderschule besteht. Hauptgrund ist der fehlende Schulraum.

Meine Forderung ist deshalb, schnellstmöglich Schulraum in allen Bereichen zu schaffen, um Kindern eine Chance auf bestmögliche Förderung am für sie geeigneten Förderort zu ermöglichen.

Die Doppelnutzung mit dem Offenen Ganztag ist für mich eine Katastrophe.

// Ich arbeite an einer inklusiven Grundschule in Wuppertal. Zurzeit haben wir trotz vieler offizieller Kinder mit Förderbedarf nur eine einzige Sonderpädagogin und eine feste Sozialpädagogin. //

In meiner Klasse sind über ein Drittel der Kinder auffällig, zwei Kinder davon haben einen offiziellen Förderbedarf (emotional-sozial). Diese beiden Kinder sprengen mir täglich den Unterricht durch Störungen, Ausraster, Türen knallen, Weglaufen und Schulgelände verlassen, Herumschreierei, Gegenstände werfen und Respektlosigkeiten.

Außerdem:

- 2 Kinder haben eine ADHS-Diagnose,
- 2 Kinder haben eine ADS- Diagnose,
- 4 Kinder sind medikamentös eingestellt,
- 5 Kinder sind in psychotherapeutischer Behandlung.

Die Sonderpädagogin hat keine Kapazitäten für meine Klasse, nur einmal am Tag kommt die Sozialpädagogin vorbei. Ich habe zwar drei Inklusionshelfer in meiner Klasse, doch zwei Personen sind ungeeignet für die Kinder, die sie betreuen, da die pädagogische Ausbildung fehlt - aber man ist ja froh, überhaupt jemanden noch mit in der Klasse zu haben.

Mein Klassenraum ist sehr eng, da er mittlerweile als Tagesraum benutzt wird, d.h. auch die OGS-Zeit ist vollumfänglich in meinem Raum. Nach dem Unterricht kann ich nur unter größter Lautstärke und Enge meinen Arbeitsplatz aufräumen, denn die Übergabe ist



fließend. Um für den Unterricht am nächsten Tag den Raum herzurichten oder Regale und Fächer auszuwischen und zu reinigen, komme ich bereits vor 7 Uhr morgens in die Schule oder am späten Nachmittag/Abend noch einmal zurück.

Die Bestuhlung und Einrichtung des Klassenraums ist immer noch nicht flexibel und trotz frühzeitiger Bestellung weiß ich nicht, ob ich die richtigen Sitzmöbel für meine Kinder im kommenden Schuljahr zur Verfügung gestellt bekomme.

Gegenüber von meinem Klassenraum ist die Jungentoilette. Aufgrund der Lautstärke, der Störgeräusche und der Geruchsbelästigung, kann ich nicht den Flurbereich mitbenutzen, um hier Kleingruppen arbeiten zu lassen.

Einen ruhigen und festen Arbeitsplatz zur Unterrichtsvorbereitung gibt es in unserer Schule für mich nicht. Lehrerzimmer und Mitarbeiteraum bieten keine Ruhe, da dort Gespräche geführt werden, immer wieder jemand hineinkommt und etwas möchte oder Hilfe benötigt. Elterngespräche müssen auch schon mal in der Abstellkammer geführt werden, da Unterricht oder OGS, Fördergruppen oder JEKITS/Musikschule in den Räumen stattfinden. Telefonate mit Therapeuten, Psychologen, Eltern und dem Jugendamt usw. mache ich zuhause mit meinem Anschluss, anders geht es nicht. Ich habe bestimmt noch einige Dinge vergessen....

Die Zustände sind weder zumutbar noch hinnehmbar, und ich schäme mich dafür, dass wir unseren Kindern das antun.

// Ich arbeite an einer Grundschule. Die Räume sind einfach zu eng. Die nächste 1. Klasse startet an unserer Schule mit mehr als 30 (dreißig!) Kindern. Uns fehlen Räume, um Betreuung, Förderunterricht und regulären Unterricht parallel anbieten zu können. Teilweise weichen wir bereits in Abstellräume aus. //

Weil der steigende Bedarf an räumlichen Ressourcen jahrelang ignoriert wurde – ein Bedarf, der ohnehin besteht und sich durch den Ausbau des Ganztags nochmals erheblich verschärft –, entstehen neue Probleme. Durch den Raummangel werden zunehmend Klassenräume als Betreuungsräume genutzt und umgekehrt. Es hilft wenig, diese Mangelverwaltung als „Nutzungskonzept“ zu deklarieren. Wenn die Schule voll ist und sämtliche Räume belegt sind, wissen wir noch nicht einmal, wo Elterngespräche stattfinden können, die in allen Jahrgängen zahlreich anfallen. Auch ich habe bereits Elternges-

sprache im Abstellraum geführt.

Immer mehr Kinder verfügen nicht über die notwendigen Grundkenntnisse, um die 1. Klasse erfolgreich zu besuchen. Eingeschult werden sie trotzdem – in ohnehin zu großen Klassen. Gleichzeitig sitzen zunehmend Kinder mit vielfältigen Auffälligkeiten in den Lerngruppen, was das Lernen für alle Schüler*innen erschwert. Es ist längst erwiesen, dass zu große Lerngruppen das Verhalten auffälliger Kinder negativ beeinflussen.

Kinder werden jahrelang „mitgeschleift“, obwohl schon wenige Wochen nach der Einschulung klar ist, dass sie bei uns nicht angemessen beschult werden können. Es ist nicht hilfreich, so zu tun, als seien alle Schulen zunehmend im „Gemeinsamen Lernen“ unterwegs. Ohne entsprechendes Fachpersonal und ausreichende Ressourcen und Räume werden die Kinder schlicht nicht richtig unterstützt – was auch an den untragbaren Klassengrößen liegt. „Gemeinsames Lernen“ ist wichtig, erstrebenswert und wertvoll, funktioniert aber nicht als Sparmodell.

Wenn dann ein AO-SF eingeleitet wird, dauert es viel zu lange, bis sich etwas bewegt. Ein Verfahren wurde sogar abgelehnt, weil der Schulstempel auf dem Briefumschlag fehlte – kein Scherz. Da fragt man sich, welche Priorität die Entwicklung des Kindes für die Verantwortlichen hat. Und selbst wenn es funktioniert: Es kann bis zu drei Jahren dauern, bis ein Kind endlich an einer Schule ankommt, an der es die Unterstützung erhält, die es braucht.

Anderen Kindern mit offensichtlichem Förderbedarf wird – nach langem Hin und Her – eine Integrationshilfe genehmigt. Das ist grundsätzlich gut, aber wenn sie nur „genehmigt“ und nicht tatsächlich eingestellt wird, hilft das wenig. Eigentlich müssten viel mehr Kinder ihr Recht auf drei Jahre Schuleingangsphase nutzen. Das ist jedoch nicht möglich, da dadurch Lerngruppen mit 36 oder mehr Kindern entstünden. So ziehen wir die Kinder mit, obwohl wir wissen, dass sie nicht die Förderung erhalten, die sie dringend benötigen.

Ist der Personalmangel akut, werden Kinder auf die Klassen verteilt. Teilweise muss man bis zu acht „Verteilkinder“ aufnehmen. Abgesehen davon, dass dafür kein Platz vorhanden ist, benötigen natürlich auch diese Kinder – wenn sie tatsächlich arbeiten – gelegentlich Unterstützung. Ihre Fragen müssen „nebenbei“ beantwortet werden. Regulärer Unterricht mit etwa 40 Kindern ist nicht möglich.

Immer wieder fällt der Strom aus. Zwar lässt sich das Problem meist am Sicherungskasten beheben, aber mehrfach sind dadurch Arbeitsergebnisse verloren gegangen.

Ich wundere mich zudem, dass die vollgestopften Klassenräume – überladen mit Möbeln, Rucksäcken und Regalen – als brandschutzkonform gelten. Im Ernstfall lauern hier zahlreiche Stolperfallen.

Die Zustände sind weder zumutbar noch hinnehmbar, und ich schäme mich dafür, dass wir unseren Kindern das antun.

Wir haben für Rückzugs-, Förder- und Differenzierungsangebote einfach keine Räume.

// Die Grundschule Germanenstraße befindet sich in einer besonders herausfordernden Situation. Als Schule mit dem Sozialindex 8 und als Startchancenschule arbeiten wir täglich mit Kindern und Familien, die in hohem Maße auf verlässliche schulische Strukturen, individuelle Förderung, Sprachbildung, Inklusion und multiprofessionelle Unterstützung angewiesen sind. //

Die Schule ist räumlich für 2,5 Züge ausgelegt, wird jedoch seit Jahren dreizügig geführt. Hinzu kommt eine Willkommensklasse. Die daraus resultierende Raumknappheit ist besonders problematisch, da derzeit rund 50 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unsere Schule besuchen, darunter Kinder mit den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung sowie Emotional-Soziale Entwicklung. Für notwendige Rückzugs-, Förder- und Differenzierungsangebote fehlen jedoch geeignete Räume. Auch Elterngespräche, Beratungen und externe Unterstützungsangebote können deshalb nur eingeschränkt stattfinden.

Wir hatten gehofft, das Raumproblem über Säule 1 des Startchancen-Programms, etwa durch einen Ausbau des Dachbodens, lösen zu können. Da die Stadt Wuppertal aufgrund der hohen Zahl an Startchancenschulen und begrenzter finanzieller Mittel voraussichtlich nur wenige bauliche Maßnahmen umsetzen kann, bleibt dieses zentrale Problem jedoch weiterhin ungelöst.

Besonders belastend ist zudem, dass unsere Schule seit Jahren über keine dauerhaft besetzte sonderpädagogische Stelle verfügt. Kurzfristige Abordnungen konnten dies nicht ausgleichen. Für eine Schule mit einer so hohen Zahl an Kindern mit Förderbedarf ist dies nicht tragbar. Die fehlende sonderpädagogische Unterstützung erhöht die Belastung der Lehrkräfte erheblich und erschwert die angemessene Förderung der betroffenen Kinder.

Hinzu kommt eine angespannte Personalsituation. Der Anteil grundständig ausgebildeter Lehrkräfte liegt bei lediglich etwa 70 Prozent. Ein großer Teil des Unterrichts wird von wechselnden Vertretungs-



kräften, darunter viele Studierende, übernommen. Diese leisten wertvolle Arbeit, die häufigen Wechsel und die notwendige Einarbeitung neuer Kräfte binden jedoch zusätzliche Ressourcen.

Die Klassen sind mit bis zu 27 Kindern sehr groß. Viele Kinder kommen ohne ausreichende Deutschkenntnisse oder mit erheblichen Defiziten in den Vorläuferfertigkeiten in die Schule. Die notwendige individuelle Förderung kann unter diesen Bedingungen nur eingeschränkt erfolgen. Auch ein drittes Jahr in der Schuleingangsphase kann nicht immer allen Kindern ermöglicht werden, die davon profitieren würden.

Die OGS kann aufgrund fehlender Räume nicht genügend Plätze anbieten. Unsere Schule gehört zu den Standorten mit besonders vielen Ablehnungen, obwohl gerade für Kinder in belastenden Lebenslagen ein verlässliches Ganztagsangebot von großer Bedeutung ist.

Auch die Pausensituation ist angespannt. Der Schulhof ist für die Zahl der Kinder zu klein, so dass die Pausen aufgeteilt werden müssen. Dennoch kommt es aufgrund fehlender Bewegungs- und Spielmöglichkeiten regelmäßig zu Konflikten. Gleichzeitig steigt der Aufwand für die Aufsicht erheblich.

Insgesamt arbeitet unsere Schule unter Bedingungen, die den pädagogischen Anforderungen und den Bedürfnissen unserer Schülerinnen und Schüler nur eingeschränkt gerecht werden können. Hohe Kinderzahlen, fehlende Räume, mangelnde sonderpädagogische Unterstützung, Personalmangel und eine unzureichende OGS-Versorgung verstärken sich gegenseitig und treffen auf eine Schülerschaft mit besonders hohem Unterstützungsbedarf.

Wir wünschen uns daher dringend:

- kleinere Klassen. Der NRW-Durchschnitt von etwa 23,5 Kindern pro Klasse wäre für unsere Schule angemessen, insbesondere aufgrund der Vielzahl an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, fehlenden Vorläuferfertigkeiten beim Schuleintritt und erhöhtem Sprachförderbedarf;
- eine deutliche Erweiterung des Schulraums durch Um- oder Ausbau, etwa durch die Nutzung des Dachbodens, oder alternativ die Rückführung der Schule in eine tatsächliche Zweizügigkeit;
- eine verlässliche Versorgung mit sonderpädagogischer Expertise;
- eine Lösung für die Raumsituation der OGS, damit mehr Kinder einen Platz erhalten können;
- Die Verlegung der Willkommensklasse an einen anderen Standort, da durch diese zusätzliche Raumressourcen gebunden wer-

den, die im bestehenden System dringend für Unterricht, Förderung, Beratung und OGS benötigt werden.

Wir bitten eindringlich darum, die Situation unserer Schule bei weiteren Planungen und Entscheidungen besonders zu berücksichtigen. Unsere Schule braucht nicht nur kurzfristige Entlastung, sondern strukturelle Lösungen, damit wir unserem Bildungs- und Erziehungsauftrag unter den besonderen Bedingungen unseres Standorts gerecht werden können.

Die Schule am Nordpark benötigt „jetzt sofort“ eine Behebung vieler Mängel

// Die Schule am Nordpark ist inzwischen zwar deutlich mehr in den Focus gerückt und es scheint als würde man der problematischen und herausfordernden Situation dieser Förderschule ab dem Schuljahr 2026/27 mit drei Teilstandorten und einer stetig wachsenden Schülerzahl, insgesamt mehr Beachtung schenken. //

Trotzdem muss ich darauf hinweisen, dass die Stadt ihre Pflicht seit Jahren sträflich vernachlässigt und deshalb bereits vor längerer Zeit von der Bezirksregierung gerügt wurde: Es fehlt mindestens eine voll ausgebaute Schule für Geistige Entwicklung in Wuppertal. Die Arbeit mit drei Standorten, die zudem auch noch große bauliche und strukturelle Mängel aufwiesen, ist eine enorme Belastung für die gesamte Schulgemeinde.

Doch die Schule am Nordpark benötigt „jetzt sofort“ eine Behebung vieler Mängel, gerade einige bauliche Maßnahmen müssen auch kurzfristig möglich sein.

Bei der Schülerschaft mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung ist die Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen mit eines der wichtigsten Förderziele. Dieses Förderziel kann nicht erreicht werden, wenn entsprechende Räumlichkeiten wie z.B. Lehrküchen gar nicht, in viel zu geringer Anzahl oder aufgrund von mangelnder/defekter Ausstattung nicht richtig genutzt werden können.

Eine defekte und nicht ausreichend vorhandene Ausstattung gilt auch für Toilettenanlagen sowie für Pfllegetoiletten an bisher beiden Standorten. Es bleibt abzuwarten wie praktikabel sich ab Sommer die Dependance in der Kyffhäuser Straße entwickelt.

Ein weiterer erheblicher Mangel an allen Standorten ist die unzureichende Ausstattung mit Spielgeräten. Zudem sind viele der vorhandenen Geräte seit längerer Zeit defekt, darunter auch die Nest-

schaukeln. Unter den Schüler*innen befinden sich zahlreiche autistische Kinder, für die insbesondere Schaukeln und Nestschaukeln eine wichtige Möglichkeit zur Entspannung und Selbstregulation darstellen. Die Instandsetzung dieser Geräte wäre vergleichsweise unkompliziert, dennoch passiert nichts.

Welche Folgen es haben kann, wenn Schüler*innen keine ausreichenden Möglichkeiten zur Entspannung und Beruhigung erhalten, liegt auf der Hand. Die Gewalt gegenüber Beschäftigten an Schulen nimmt seit Jahren zu. Umfragen zeigen, dass unter anderem Raummangel, eine unzureichende Ausstattung sowie fehlende personelle Ressourcen zu den Ursachen dieser Entwicklung zählen.

Auf die personelle Besetzung mit Sonderpädagog*innen hat die Stadt Wuppertal wenig Einfluss, aber bei der sächlichen und räumlichen Ausstattung von Förder- und anderen Schulen ist die Stadt in der Pflicht, möglichst bald Abhilfe zu schaffen.

Die Klassenfrequenz an Schulen in herausfordernder Lage muss deutlich abgesenkt werden.

// Ich bin Klassenleitung einer Grundschulklasse und der Anteil an Kindern mit Deutsch als Fremdsprache liegt bei 92%. Viele Kinder haben keinen oder nur sehr unregelmäßig einen Kindergarten besucht und sehr viele Kinder zeigen erhebliche Auffälligkeiten im Bereich der emotional-sozialen Entwicklung, im Lern- und Arbeitsverhalten und sprechen und verstehen oft nur wenig Deutsch. //

Die Klassenfrequenz ist mit 27 bedeutend zu hoch für unseren Standort. Ich habe fünf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, aber keine Inklusionshilfe und nur zwei Stunden Unterstützung durch eine Sonderpädagogin. Es ist außerdem ein absolutes Unding, dass wir nur eine halbe Schulsozialarbeiter-Stelle haben. Wir haben Bedarf für zwei volle Stellen, da sehr viele Familien und Kinder unserer Schule Unterstützung benötigen.

Das Gebäude ist sehr alt und sehr dringend renovierungsbedürftig. Die Klassenräume heizen sich extrem auf, wir haben keinen vernünftigen Sonnenschutz und auch der Schulhof bietet keine Ausweichmöglichkeiten. Zudem sind die Klassenräume viel zu klein für so große Klassen, auch die Flure bieten keine Möglichkeit zum Ausweichen. Darüber hinaus gibt es viel zu wenige OGS-Plätze. Es wäre gerade für Kinder, die nur wenig deutsch sprechen oder zuhause keine Förderung erhalten, sehr wichtig.



Es ist dringend notwendig, dass von Seiten der Stadt, alle Schulen renoviert werden, dass Hitzeschutz- und Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden und dass die Klassenfrequenz an Schulen in herausfordernder Lage deutlich abgesenkt wird, damit es überhaupt möglich ist, den Kindern gerecht zu werden.

Sie wünschen sich für Wuppertal echte Bildungsgerechtigkeit – davon sind wir weit entfernt!

// Ich bin seit 20 Jahren Grundschullehrerin am Nützenberg und erlebe in meinem aktuellen ersten Schuljahr, mit "wie wenig" viele Kinder eingeschult werden. //

Von Durchgang zu Durchgang werden die Defizite immer massiver und die Schere zwischen geförderten und nicht geförderten Kindern wird immer größer. Diese Abwärtsspirale beweist auch der Bericht des Gesundheitsamts Wuppertal zu den Schuleingangsuntersuchungen. Die Zahlen sind alarmierend und bestätigen meine Beobachtung: im Jahr 2024 hatten rund 81 % der fast 4000 untersuchten Kinder Auffälligkeiten – und trotzdem passiert strukturell in dieser Stadt immer noch viel zu wenig.

Immer mehr Kinder haben mit sechs Jahren keinerlei Kindergartenerfahrungen und massiven Sprach-, Entwicklungs- und Förderbedarf. Doch die Lösung der Probleme wird einfach auf die Grundschule abgewälzt. Gleichzeitig sitzen in unseren Klassen immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf – aber als Grundschullehrerin bin ich dafür weder ausreichend ausgebildet noch sind die Schulen in Wuppertal personell und räumlich in der Lage, diesen Förderbedarf aufzufangen. Inklusion wird so zur Dauerüberforderung für alle Beteiligten.

Liebe Frau Scherff, Sie wünschen sich für Wuppertal echte Bildungsgerechtigkeit – aber davon sind wir sehr weit entfernt! Meine Frage ist: Wann und wie übernehmen Sie Verantwortung für die so wichtige, frühkindliche Förderung? Dass Sie als Kommune nicht für die Lehrerstellen verantwortlich sind, weiß ich. Und Schulraum alleine macht auch noch keine gute Grundschularbeit. Aber ziehen Sie sich nicht aus der Verantwortung: die Kindergärten und Erzieherstellen liegen in Ihrem Bereich. Und hier ist nach meiner Ansicht dringender Handlungsbedarf – zielführend wäre zum Beispiel (mindestens) ein verpflichtendes und kostenloses letztes Kita-Jahr! Damit Kinder mit anderer Muttersprache, sowie Kinder aus spracharmen und bildungsfernen Haushalten überhaupt eine reelle Chance beim Schulstart haben.

Keine Zusammenarbeit der Stadt mit Trägern, die prekäre Beschäftigungsverhältnisse unterhalten.

// Wir sind vier Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache, die bis Februar 2026 bei einem Wuppertaler Träger in Festanstellung beschäftigt waren. Im Januar wurden wir sowie ein weiterer Kollege gekündigt, weil wir die von unserem Träger angekündigte Verschlechterung unserer ohnehin schon prekären Arbeitsverhältnisse nicht mitgehen wollten und konnten. //

Die generelle Situation der Integrationskurse dürfte mittlerweile hinlänglich bekannt sein, da durch den Anfang des Jahres erlassenen Zulassungsstopp mediales Interesse für diese Thematik aufkam. Die meiste Berichterstattung dazu blendet allerdings einige Faktoren aus, auf die wir an dieser Stelle aufmerksam machen möchten:

Integrationskurse sind und waren schon immer unterfinanziert. Unter anderem liegt der vom Bundesamt für Migration festgelegte Stundensatz für Honorarkräfte in allgemeinen Integrationskursen bei 42,23 Euro und ist seit vier Jahren nicht erhöht worden. Für festangestellte Lehrkräfte liegt der Stundenlohn noch deutlich darunter, da er nicht tarifgebunden ist. Hinzu kommt, dass Vor- und Nachbereitungszeit oft weder zeitlich berücksichtigt noch vergütet werden.

Unser ehemaliger Träger beschäftigt grundsätzlich langfristig nur in Festanstellung. Für 25 Unterrichtseinheiten in der Woche erhält man 1750 Euro brutto. Eine Vollzeitstelle umfasst 50 (!) Unterrichtseinheiten die Woche. Vor- und Nachbereitungszeiten werden nicht berücksichtigt. Nach unserem Kenntnisstand werden Beschäftigungsverhältnisse in Festanstellung von allen privaten Trägern in diesem Bereich so oder ähnlich gehandhabt. Für viele ehemals angestellte Lehrkräfte bedeutet das, dass sie in die Honorartätigkeit und damit in die Scheinselbstständigkeit genötigt werden.

Wir wissen, dass unser Träger eng mit kommunalen Einrichtungen wie der Ausländerbehörde und dem kommunalen Integrationszentrum zusammenarbeitet. Die Arbeit der Lehrkräfte trägt konkret einen bedeutenden Teil zur Integration Geflüchteter in Wuppertal bei. Vor diesem Hintergrund wäre es angebracht, diese Arbeit angemessen zu entlohnen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht länger zu tolerieren.

Unser Wunsch: Keine Zusammenarbeit der Stadt mit Trägern, die prekäre Beschäftigungsverhältnisse unterhalten.

Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von Mai bis Juli 2026

Unser Jüngster 30 Jahre

20 Jahre
Florian Wahler

Rahel Sophia Cäcilia Kling
Kristin Krebs
Julius Merkens
Raphael Plutz
Susanne Sosna
Judith von Plettenberg

40 Jahre

Jan Gerrit Bredtmann
Daniel Schiller
Tobias Tacke

50 Jahre

Gordon Blau
Natalie Fahsel
Georg Alexander Fotiadis
Hilke Kortum
Karsten Preiß
Dr. Grodecz Alfredo Ramirez O-
gando
Sabine Schweitzer
Martina Weber

60 Jahre

Ulrike Artelt-Yanolidis
Andrea Buckard
Veronika Dietl
Galyna Flinta
Christiane Jungius
Domenico Niclot
Antje Schwering
Christina Willert
Barbara Willimek

70 Jahre

Gisela Gossmann
Jutta Harke-Nickels
Alison McIlwaine
Dr. Dieter Nelles

80 Jahre

Klaus Hartwig
Gisela Reinhardt
Gisela Retterspitz
Birgit Wernecke

92 Jahre

Ruth Neuhaus-Eschmann

Treffen der GEW-Senior*innen

Was macht das Klavier an der Decke?

// Antwort auf diese Frage erhielten wir bei unserem – nach 2016 und 2023 – bereits dritten Besuch im Skulpturenpark Waldfrieden Anfang Juni. //

Mit zwei sehr guten Führungen wurden wir durch die Sonderausstellung „Rebecca Horn – Emotion in Motion“ geleitet. Rebecca Horn (1944 – 2024) ist aufgrund ihrer Installationen und kinetischen Kunstwerke eine der bedeutendsten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Ihre beeindruckenden kinetischen Objekte, die zum Teil auch Klänge erzeugen, wurden uns durch eine äußerst fundierte aber auch begeisternde Führerin nähergebracht. Nur so bemerkten wir viele Details und erkannten Bedeutungszusammenhänge, die sich nicht auf den ersten Blick erschlossen hätten.

Das Klavier speit seine Klaviatur aus und alle Tastentöne füllen den Raum; Metallstäbe wiegen sich wie Halme im Wind hin und her; ein Stein öffnet und schließt sich; Frauenschuhe bewegen sich an einem



Felsen auf und ab; andere Frauenschuhe werden mit blauer Farbe besprenkelt und an der „Leiter der Namenlosen“ klagen Violinen das Leid von Flüchtlingen aus dem Jugoslawienkrieg an. Dreizehn Arbeiten – entstanden zwischen den 1980er und 2010er Jahren - sind in den Glashäusern und in der Villa Waldfrieden ausgestellt.

Auch zur Entstehungsgeschichte der Villa Waldfrieden des Wuppertaler Industriellen Dr. Herberts und den Besonderheiten des Bauwerks bekamen wir ausführliche

Informationen. Der Besuch des Skulpturenparks war damit eine sehr lohnende und informative Veranstaltung.

Beim anschließenden Mittagessen im Café „Podest“ gab es wie immer anregende Gespräche und man freute sich, beisammen zu sein.
Egbert Fröse

Länger krank? Was passiert?

BEM - Das betriebliche Eingliederungsmanagement

// Die Bezirksregierung hat ein BEM-Gespräch angekündigt. Was ist das und was bedeutet das für mich? //

Diese besorgten Fragen werden dem GEW-Rechtsschutz und den GEW-Personalräten häufig gestellt. Deshalb haben wir die wichtigsten Informationen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) für pädagogische Beschäftigte an Schulen zusammengestellt.

Was ist ein BEM?

Sind Beschäftigte innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten länger als sechs Wochen arbeitsunfähig, ist der Arbeitgeber verpflichtet, ein Gespräch im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) anzubieten. Dies gilt sowohl bei einer längeren Erkrankung als auch bei wiederholten Kurzerkrankungen.

Die gesetzliche Grundlage für das BEM findet sich in § 167 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX (SGB IX). Das BEM ist als Schutzmaßnahme für Beschäftigte ausgestaltet. Es soll dazu beitragen, die Arbeitsfähigkeit zu erhalten und gemeinsam zu prüfen, ob gesundheitliche Belastungen durch Maßnahmen am Arbeitsplatz verringert oder überwunden werden können.

Ein BEM-Gespräch findet nur mit Zustimmung der betroffenen Person statt. Wenn die Bezirksregierung – bei Grundschulen das Schulamt – ein entsprechendes Gespräch anbietet, sollten Betroffene sorgfältig abwägen, ob und wann eine Teilnahme sinnvoll ist.

Wann ist ein BEM-Gespräch sinnvoll?

Ist das Ende der Erkrankung noch nicht absehbar, ist ein BEM-Gespräch häufig noch nicht zielführend. Dennoch sollte auf das Anschreiben reagiert und mitgeteilt werden, ob ein Gespräch zu einem späteren Zeitpunkt gewünscht wird. Dies kann unter Umständen auch Auswirkungen auf den Zeitpunkt einer amtsärztlichen Untersuchung haben, die bei Beamt*innen nach längerer Erkrankung eingeleitet werden kann.

Zeichnet sich hingegen die Rückkehr an den Arbeitsplatz bereits ab, ist ein BEM-Gespräch in der Regel sinnvoll. Dann können Fragen zum zukünftigen Einsatz in der Schule besprochen werden. Insbesondere bei einer stufenweisen Wiedereingliederung besteht häufig Abstimmungsbedarf.

Wie läuft das Verfahren ab?

Lehnt die oder der Beschäftigte das BEM-Angebot auf dem Antwortbogen ab, endet das Verfahren. Wird dem Gespräch zugestimmt, kann gewählt werden, ob das Gespräch mit der Schulleitung oder mit der Bezirksregierung beziehungsweise dem Schulamt geführt werden soll. Wenn es darum geht, die Schule zu wechseln, ist Bezirksregierung bzw. Schulamt der richtige Ort für das Gespräch.

Auf Wunsch können der Personalrat und gegebenenfalls die Schwerbehindertenvertretung hinzugezogen werden. Gemeinsam werden mögliche Unterstützungsmaßnahmen besprochen und Vereinbarungen getroffen.

Ein BEM-Verfahren kann übrigens auch auf Initiative der betroffenen Person selbst beantragt werden.

Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es?

Im Rahmen des BEM kommen verschiedene Maßnahmen in Betracht, beispielsweise:

- Anpassungen bei der Unterrichtsverteilung,
- Veränderungen im schulischen Einsatzbereich oder bei der Stundenplangestaltung,
- Entlastungen bei Klassenleitungen, Klassenfahrten oder Aufsichten,
- medizinische oder berufliche Rehabilitationsmaßnahmen,
- eine stufenweise Wiedereingliederung,
- Teilzeitbeschäftigung oder begrenzte Dienstfähigkeit,
- eine Abordnung oder Versetzung auf eigenen Wunsch,
- technische oder organisatorische Anpassungen des Arbeitsplatzes.

Welche Maßnahmen sinnvoll sind, hängt immer von der individuellen Situation ab.

Unser Tipp:

Lass dich vor einer Entscheidung zum BEM-Angebot beraten. Ansprechpartner*innen sind der GEW-Personalrat sowie gegebenenfalls die Schwerbehindertenvertretung. Eine frühzeitige Beratung hilft dabei, die eigenen Interessen bestmöglich zu vertreten und vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten zu nutzen.

Helga Krüger

Der Schüler, die Brille und ich

Wer bezahlt die zerstörte Brille?

// Es knirscht – und die Brille von David aus der Klasse 8a ist nicht mehr zu retten. Kollegin S. hat sie versehentlich zertreten. Wer kommt nun für den Schaden auf? //

Zunächst die wichtigste Nachricht: Die Kollegin muss den Schaden nicht selbst bezahlen. Denn bereits das Grundgesetz regelt in Artikel 34, dass bei Schäden, die Beschäftigte in Ausübung ihres öffentlichen Amtes verursachen, grundsätzlich der Staat beziehungsweise die Körperschaft haftet, in deren Dienst sie stehen. Nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit kann die Dienststelle die verursachende Person in Regress nehmen.

Wer ist für den Schaden zuständig?

Das hängt davon ab, wie der Schaden entstanden ist. Wurde die Brille im Zusammenhang mit einem Unfall beschädigt, ist die Unfallkasse NRW zuständig. In diesem Fall muss die Schule eine Unfallanzeige erstellen. Ein solcher Unfall könnte beispielsweise vorliegen, wenn ein Kind die Brille trägt, mit einer Lehrkraft zusammenstößt und die Brille im weiteren Verlauf beschädigt oder zertreten wird.

Anders sieht es aus, wenn kein Unfallgeschehen vorliegt. Wird eine Brille beispielsweise versehentlich im Klassenraum zertreten, muss der Schaden dem Schulträger gemeldet werden. Dieser verfügt in der Regel über eine entsprechende Haftpflichtversicherung oder übernimmt die Kosten selbst.

Kann es Regressforderungen geben?

Im geschilderten Fall entstand der Schaden durch ein Versehen. Für die Kollegin hat dies in der Regel keine persönlichen Folgen.

Anders kann die Situation bewertet werden, wenn ein Schaden durch grobe Fahrlässigkeit verursacht wurde. In solchen Fällen kann die Dienststelle prüfen, ob die oder der Beschäftigte in Regress genommen wird.

Für GEW-Mitglieder besteht dabei ein zusätzlicher Schutz: Die mit der Mitgliedschaft verbundene Berufshaftpflicht- und Rechtsschutzversicherung unterstützt bei entsprechenden Vorwürfen. Sie prüft die Ansprüche und übernimmt gegebenenfalls die Kosten, sofern eine persönliche Haftung rechtlich nicht abgewehrt werden kann.
Helga Krüger



Dauerbrenner Mehrarbeit

Neue Hinweise des Schulministeriums

// Das Land NRW hatte mit einer Änderung des Landesbeamtengesetzes Mitte 2025 die rechtliche Grundlage für die Bezahlung von Mehrarbeit für Teilzeitbeschäftigte zu deren Nachteil verändert. Bei der Umsetzung war es bei den Bezirksregierungen zu völlig unterschiedlichen Praktiken gekommen. Jetzt hat das MSB Hinweise zur Handhabung gegeben. //

Die GEW hatte die Einführung der „Bagatellgrenze“ für Teilzeitbeschäftigte scharf kritisiert. Schon seit Langem fordert die GEW die völlige Abschaffung der Bagatellgrenze.

In Zeiten des horrenden Personalmangels, in denen Mehrarbeit nicht mehr die Ausnahme ist, sondern die Regel, wäre es ein Zeichen der Wertschätzung, dass die dauerhafte zusätzliche Belastung von Beschäftigten wenigstens bezahlt wird. Dass es nun sogar zu einer Verschlechterung der bisherigen Vergütungspraxis kommt, zeugt von sehr wenig Wertschätzung.

Was bedeutet „Bagatellgrenze“ bei Mehrarbeit?

Die Bagatellgrenze legt fest, ab welcher Anzahl zusätzlicher Unterrichtsstunden Mehrarbeit vergütet wird. Grundsätzlich gilt: Erst wenn die Bagatellgrenze überschritten wird, besteht ein Anspruch auf Bezahlung, dann aber von der ersten Stunde an. Umgerechnet auf Lehrerwochenstunden entspricht diese Grenze drei Unterrichtsstunden.

Bei Teilzeitbeschäftigten wurde früher **jede** zusätzlich geleistete Unterrichtsstunde mit dem anteiligen Gehalt vergütet. Durch die neue Regelung gilt nun auch für sie eine individuelle Bagatellgrenze, die sich nach dem Umfang der Teilzeitbeschäftigung richtet.

Erst wenn diese persönliche Grenze im Monat überschritten wird, werden die geleisteten Mehrarbeitsstunden ab der ersten Stunde vergütet. Die Vergütung erfolgt dabei bei Teilzeit weiterhin über die anteilige Gehaltszahlung und nicht über die deutlich niedrigere Mehrarbeitsvergütung. Die Mehrarbeitsvergütung kommt erst dann zum Tragen, wenn durch die zusätzlichen Stunden die Grenze zur Vollzeitbeschäftigung überschritten wird.

Eine erneute Anwendung der Bagatellgrenze bei Erreichen der Vollzeitzgrenze („doppelte Bagatellgrenze“) ist rechtlich nicht zulässig.

Hier die Übersicht, wie sich die Bagatellgrenze für die unterschiedlichen Pflichtstunden der Schulformen nach Berechnung des MSB auswirkt:

Stunden	bezahlt ab Std.	Stunden	bezahlt ab Std.	Stunden	bezahlt ab Std.	Stunden	bezahlt ab Std.
28*	4	27,5*	4	25,5* + 25*	4	22*	4
27- 19	3	26-19	3	24-17	3	21- 15	3
18-10	2	18-10	2	16-9	2	14-8	2
unter 10	1	unter 10	1	unter 9	1	unter 8	1

*Pflichtstunden bei Vollzeit

Keine Saldierung von Ausfallstunden bei Teilzeitbeschäftigung

Bei Teilzeitkräften, die Mehrarbeit geleistet haben, ist eine Saldierung von Ausfallstunden aus Anlass etwa von Schulveranstaltungen, Zeugnisausgaben oder der Abwesenheit von Klassen bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung nicht zulässig. Ausfallstunden, auf deren Entstehen die Lehrkraft keinen Einfluss hat, sind dann als Ist-Stunden anzurechnen. Eine Überschreitung der wöchentlichen Pflichtstunden kann bis zum Erreichen der Vollzeitbeschäftigung nicht durch Freizeitausgleich in einer anderen Woche abgegolten werden. Jede einzelne Kalenderwoche muss für sich betrachtet werden (siehe auch Beschluss OVG Münster 6A 1434/07).

Plus- und Minusstunden bei Vollzeitbeschäftigung

Wenn bei Vollbeschäftigten Mehrarbeit in Form von zusätzlichen Unterrichtsstunden angefallen ist, kann diese innerhalb eines Kalendermonats mit Minusstunden verrechnet werden. Eine Übertragung auf den nächsten Monat oder sogar bis zum Schuljahresende ist nicht erlaubt.

Ist in einem Monat keine Mehrarbeit angefallen, so ist eine Auflistung von Minusstunden unerheblich, also überflüssig und entfaltet keine Wirkung.

Helga Krüger

Dienstgespräch oder doch nicht?

Gespräche mit der Schulleitung

// Gespräche zwischen Schulleitung und Beschäftigten gehören zum Schulalltag und haben ganz unterschiedliche, alltägliche Anlässe. //

Unangenehmer wird es, wenn der Eindruck entsteht, dass persönliche Vorwürfe oder Beschwerden – etwa von Eltern – Hintergrund des Gesprächs sind. Unser Rat: Fragt immer nach dem konkreten Thema und dem Charakter des Gesprächs.

Person des Vertrauens

Ihr könnt jederzeit darum bitten, eine Person eures Vertrauens zum Gespräch mitzunehmen. Dafür kommen insbesondere Mitglieder des Lehrerrats, der Fachkonferenz oder des Personalrats infrage. In der Regel stimmt die Schulleitung dem zu. Sollte es dabei Schwierigkeiten geben, wendet euch an eure GEW-Vertreter*innen.

Schriftliche Stellungnahme

Bei Vorwürfen gegen die eigene Person sollte sorgfältig überlegt werden, ob eine unmittelbare Stellungnahme sinnvoll ist. Niemand ist verpflichtet, spontan auf Vorwürfe zu reagieren. Eine gute Alternative ist, sich die Vorwürfe anzuhören, zu notieren und eine schriftliche Stellungnahme anzukündigen.

Es empfiehlt sich, die schriftliche Äußerung vor der Abgabe von unbeteiligten Personen gegenlesen zu lassen. Zudem sollte ein Gedächtnisprotokoll angefertigt werden, wenn kein offizielles Protokoll erstellt wurde. So bleiben Vereinbarungen und Verfahrensabsprachen nachvollziehbar.

Wird ein Protokoll erstellt und eine Unterschrift verlangt, sollte diese lediglich die Kenntnisnahme bestätigen. Werden gewünschte Änderungen nicht übernommen, sollten die eigenen Änderungswünsche schriftlich als Anlage zum Protokoll aufgenommen werden. Außerdem empfehlen wir, schriftlich bei der Schulleitung nachzufragen, an wen das Protokoll weitergeleitet wird.

Dienstgespräch bei der Schulbehörde

Findet das Gespräch bei der Schulbehörde (Schulamt oder Bezirksregierung) statt, besteht das Recht, eine Person des Vertrauens mitzunehmen. Es handelt sich dann um ein offizielles Dienstgespräch, aus dem dienstliche Maßnahmen folgen können.

Auch hier gilt: Spontane mündliche Äußerungen sollten gut überlegt sein.

Unser Rat lautet: Nehmt möglichst ein Mitglied des Personalrats mit, bevor ihr anwaltliche Unterstützung in Anspruch nehmt. Wendet euch dazu an euren zuständigen GEW-Personalrat.

Sollte sich die Situation zuspitzen oder ein Disziplinarverfahren im Raum stehen, ist anwaltliche Beratung bzw. Vertretung empfehlenswert.

Die GEW steht mit ihrem Rechtsschutz und ihren Personalräten jederzeit für Beratung und Unterstützung zur Verfügung.

Helga Krüger

Flexibilisierung Unterricht

Ausgleichsregelung muss eingehalten werden

// In der ADO (Allgemeine Dienstordnung) ist in § 13 Abs. 2 geregelt, dass die Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden einer Lehrerin oder eines Lehrers vorübergehend aus schulorganisatorischen Gründen um bis zu sechs Stunden über- oder unterschritten werden kann. //

Eine Überschreitung um mehr als zwei Stunden soll in der Regel nicht ohne Zustimmung der betroffenen Person erfolgen, wenn sie über zwei Wochen hinaus andauert. Die zusätzlich oder weniger erteilten Unterrichtsstunden sind innerhalb des Schuljahres auszugleichen, ausnahmsweise im folgenden Schuljahr.

In Zeiten des extremen Lehrkräftemangels sind Schulleitungen oft versucht, diese Regelung möglicherweise extensiv auszunutzen, was nicht immer klug ist, da der Mangel nur verschoben wird.

Wir weisen deutlich daraufhin, dass die Ausgleichsregelungen streng eingehalten werden müssen, andernfalls kommt es zum Verfall z.B. der Mehrstunden. Es sind bereits mehrere Fälle bekannt, dass Bezirksregierungen die Streichung angeordnet haben, wenn der Ausgleich nicht im gleichen oder im folgenden Schuljahr stattgefunden hat.

Helga Krüger

Die GEW Remscheid gratuliert

Besondere Geburtstage von Mai bis Juli 2026

Unsere Jüngste

20 Jahre

Ivonne Stadtfeld

40 Jahre

Christian Pollmann

50 Jahre

Petra Bieker

60 Jahre

Ursula Bahr

70 Jahre

Jürgen Neumann



Kontakte GEW Remscheid

GEW Stadtverband Remscheid

Hermannstraße 4b

42897 Remscheid

Tel. 02191/420220

Mail: remscheid@gew-nrw.de

Leitungsteam

Diana Ikemeyer

Telefon: 0152 016 300 62

diana.ikemeyer@gew-nrw.de

Lena Gebert

Telefon: 0170 831 514 8

magdalena.gebert@gew-nrw.de

Ralf Giefers-Kremer

Telefon: 0202/4660711

ralf.giefers-kremer@gew-nrw.de

Rechtliche Beratung

Jürgen Gottmann

Tel. 02191/661130

Jgottmann@t-online.de

Ansprechpartner Angestellte

Stefan Otto

stefanotto@online.de

Team Senior*innen

Marietta Reppin

mreppin@t-online.de

Gerda Kottenstede

Telefon: 02191/40693

gkottenstede@t-online.de

Personalrat Grundschule beim Schulamt Remscheid

Diana Ikemeyer

diana.ikemeyer@gew-nrw.de

Lena Gebert

magdalena.gebert@gew-nrw.de

Gabriele Löber

gabriele.loeber@gew-nrw.de

Julia Csernak

juliacsernak@googlemail.com

Anna-Leena Del Valle Martinez

anna-leena.del.valle.martinez@gew-nrw.de

Silke Brück

silke.brueck@gew-nrw.de

Alexandra Nicolaus

a.nicolaus@gmx.net

Personalrat Grundschule bei der Bezirksregierung Düsseldorf

Lena Gebert

magdalena.gebert@gew-nrw.de

Die GEW Solingen gratuliert

Besondere Geburtstage von Mai bis Juli 2026

30 Jahre

Bastian Olejnik

40 Jahre

Claudia Bauer

Laura Kurtz

Lena Maubach

50 Jahre

Katja Glombik

Melanie Janet Göbel-Grah

Jörg Storsberg

60 Jahre

Elvira Dolman

Regina Klebert

Anke Niggemann

70 Jahre

Juergen Elsner

87 Jahre

Doris Schulz



Begrüßung & Verabschiedung

GEW mit guten Wünschen für Lehramtsanwärter*innen

// Es ist immer ein wichtiges Datum für die neuen LAA und die mit 2. Examen in der Tasche am ZfsL-Solingen, wenn am 1. 11. und am 1.5. der neue Durchgang startet oder die fertigen Lehrkräfte auf Stellensuche gehen.//

Das Team der GEW der verschiedenen Stadtverbände im Bergischen ist immer mit dabei: Mit guten Wünschen für die Zukunft, dem Angebot eines Erinnerungsfotos, mit der Startertasche und guten Tipps oder sogar mit dem Eiswagen, wenn die Ausbildung in die heiße Phase geht.



1. Mai 2026 in Solingen

„Erst unsere Jobs, dann eure Profite“

// Bei wunderbarem Wetter haben wir uns am 1. Mai für den Umzug und anschließende Kundgebung in Solingen getroffen. //

Unter dem DGB-Motto: "Erst unsere Jobs - dann eure Profite" haben sich viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter am diesjährigen Demonstrationzug und der anschließenden Maikundgebung auf dem Neumarkt beteiligt.

Die Kundgebung auf dem Neumarkt wurde von Beiträgen des Solinger Oberbürgermeisters Daniel Flemm und dem Solinger DGB-Vorsitzenden Yanik Guth geprägt. Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede von Frank Bsirske. Der ehemalige ver.di-Vorsitzende sprach sich für eine Stärkung des Sozialstaats, tarifgebundene Beschäftigung und mehr Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge aus.

Im Anschluss an die Reden haben wir bei dem Familienfest die schöne Stimmung genossen und viele interessante Gespräche führen können.

Aus Sicht der GEW Solingen war der 1. Mai ein wichtiges Zeichen für die Beschäftigten im Bildungs- und Erziehungsbereich und bleibt ein wichtiger Tag der Solidarität.

Edgar Köppel



Foto: Falco Kordt

Vorstand und Service

Leitungsteam:

Andrea Schütt: andrea.schuetti@gmx.de
 Dirk Bortmann: dirk.bortmann@gew-nrw.de
 Sabine Riffi: sabineriffi@aol.com
 Alle: solingen@gew-nrw.de



Sabine

Kassiererin:

Franziska Sadzik: franziska_sad@yahoo.de



Franzi



Andrea

Schriftführerinnen:

Andrea Schütt: andrea.schuetti@gmx.de
 Julia Bemboom: j.bemboom@gmx.de



Dirk



Julia

Referent für Öffentlichkeitsarbeit:

Dirk Bortmann: dirk.bortmann@gew-nrw.de

Referent*in für Rechtsfragen:

Uli Jacobs: ulrichjacobs-gew@t-online.de
 Helga Krüger: helga.krueger@gew-nrw.de

Ausschuss der Ruheständler*innen:

Birgit Seiffert: birgit@seiffert-in-solingen.de
 Michael Seiffert: michael@seiffert-in-solingen.de



Birgit und Michael

DGB-Kontakt & stv. Solinger DGB Vorsitzender:

Edgar Köppel: edgarkoepfel@web.de

Ruhegehaltsberechnung:

Dirk Bortmann: dirk.bortmann@gew-nrw.de



Edgar

Offene GEW-Treffen:

Herzliche Einladung an alle Interessierten: 08.07.26 und 09.09.26, 18.00 Biergartentreff in Wald
 14.10.26 Treffen in der Carl Ruß Schule
 Neu: Die Klausurtagung vom 25.-26.11.26 ist auch für Interessierte offen!
 Orte, Einladungen und Protokolle bitte bei Andrea Schütt per Mail erfragen.



Uschi



Impressum:
GEW-Stadtverband Solingen
 c/o Paradedstr. 21
 42107 Wuppertal
 Tel. 0202 - 44 02 61
 solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion
 Ursula Kurzrock
 u.kurzrock@t-online.de

Die GEW im Kreis Mettmann gratuliert

Besondere Geburtstage von Mai bis Juli 2026

30 Jahre

Katharina Kramer
Lea Siemann

40 Jahre

Jonna Bernauer
Vanessa Breuch
Markus Ludwig
Karen Richter

50 Jahre

Katrin Fey
Sabine Gennes
Silke Jansen
Carsten Raue
Sandra Schäder
Katrin Seim
Melanie Stark
Dominik Tollkötter
Nicole Voigt
Katrin Wester

60 Jahre

Petra Jaeger
Lourdes Münchow
Sabine Münz
Oliver Schlager

70 Jahre

Greta Kämmer
Ulrike Schroeder



80 Jahre

Ilona Fenko
Burkhard Schumacher
Ulrich Zerweck

85 Jahre

Karin Lemmen

Leitungsteam

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Elisabeth Isenberg

elisabeth.isenberg@gew-nrw.de

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Kassierer*in

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Ruhegehaltsfragen

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsberechnung

herbert.romund@gew-nrw.de

Personalräte

Grundschule

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Anja Althoff

anja.althoff@gew-nrw.de

Elisabeth Isenberg

elisabeth.isenberg@gew-nrw.de

Förder- und Klinikschulen

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Sabrina Hentzel

sabrina.hentzel@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Adrian Menzyk

adrian.menzyk@gew-nrw.de

Gesamtschule

Monica Mookherjee

monica.mookherjee@gew-nrw.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Berufskolleg

Antje Schipper

antje.schipper@gew-nrw.de

**Örtlicher Personalrat
Grundschule Wuppertal**

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de
Tel. 0202-563 7367

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Yvonne Diestelmann
yvonne.diestelmann@gew-nrw.de
Tel. 0202-7240596

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de
Tel. 0202-7993123

Nina Prins-Stein
nina.prins@gew-nrw.de

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de
Tel. 0202-573902

Ümit Yüeksekol
Uemit.Yueksekol@gew-nrw.de

Andrea Oppermann
andrea.oppermann@gew-nrw.de

Jasmin Turgay
jasmin.turgay@gew-nrw.de

Verena Koch-Blankenagel
Verena.Koch-Blankenagel@gew-nrw.de

Johannes Winter
johannes.winter@gew-nrw.de

**Personalrät*innen
bei der Bezirksregierung**

Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de
Tel. 0178-506 5059

Silke Thielmann
silke.thielmann@gew-nrw.de
Tel. 0202-608214

Förder- & Klinikschule
Ute Westerfeld-Schmidt
ute.westerfeld-schmidt@gew-nrw.de
Tel. 0160 - 991 76969

Realschule
Adrian Menzyk
adrian.menzyk@gew-nrw.de
Tel. 0156-8424 858

Gesamtschule
Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de
Tel. 0177-9654362

Vanessa Yasmin Betz

Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrichjacobs-gew@t-online.de
Tel. 0202-3848 9037

Berufskolleg
Frederik Trapp
frederik.trapp@gew-nrw.de

**Personalrat wiss. u. künstl.
Beschäftigte Berg. Universität**
Dr. Volker Mittendorf
mittendoprwiss@uni-wuppertal.de

**Personalrat an der
Bergischen VHS**
Jan Kirschbaum
jan.kirschbaum@bergische-vhs.de
Tel. 0202 - 563 2217

Leitungsteam

Martina Haesen-Maluck

martina.haesen@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Richard Voß

richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Team Rechtsschutz

Helga Krüger

helga.krueger@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Tarifbeschäftigte

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Gewerkschaftl. Kommunikation

Helga Krüger

helga.krueger@gew-nrw.de

Junge GEW

Jasmin Turgay

jasmin.turgay@gew-nrw.de

Team Senior*innen

Inge Hanten

inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke

Wernecke_Birgit@gmx.de

Dr. Egbert Fröse

egbert-froese@web.de

Christian Neumann

cujneumann@web.de

Verbindung zum DGB

Julia Schnäbelin

julia.schnaebelin@gew-nrw.de

Fachgruppe Grundschule

Yvonne Diestelmann

yvonne.diestelmann@gew-nrw.de

Rainer Kriegel

rainer.kriegel@gew-nrw.de

Anna Oëx

anna.oex@gew-nrw.de

Fachgruppe sonderpäd. Berufe

Ute Westerfeld-Schmidt

ute.westerfeld-schmidt@gew-nrw.de

Frauke Bigge

frauke.bigge@gew-nrw.de

Johannes Winter

johannes.winter@gew-nrw.de

Fachgruppe Hauptschule

Thorsten Klein

thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule

Vanessa Yasmin Betz

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrichjacobs-gew@t-online.de

Kontakt Studierende

Solvej Hlynsdóttir

hib-wuppertal@gew-nrw.de

Fachgruppe Hochschule/ Dozent*innen

Dr. Volker Mittendorf

mittendoprwiss@uni-wuppertal.de

